

An
den Lenkungsausschuss des UniNEtZ
z. Hd. Helga Kromb-Kolb, Reinhold Lang,
Hans Stöttner und Franz Fehr
Projekt der Allianz Nachhaltige Universi-
täten in Österreich

Wien, 24. März 2022

Betrifft: Option zu SDG 17.1 im Optionenbericht

Sehr geehrter Lenkungsausschuss des UniNEtZ,
sehr geehrte Frau Helga Kromb-Kolb, Herr Reinhold Lang,
Herr Hans Stöttner sowie Herr Franz Fehr!

Die beiden Dachverbände *AG Globale Verantwortung – Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe* sowie die *KOO (Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission)*, repräsentieren österreichische zivilgesellschaftliche Organisationen, die in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, entwicklungspolitische Inlandsarbeit, Humanitäre Hilfe sowie nachhaltige globale wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung tätig sind. Gemeinsam vertreten wir mehr als 60 Organisationen, mit rund 4.000 Mitarbeiter*innen. Unsere Mitgliedsorganisationen führen jährlich über 3.300 Projekte in 24 Ländern der Welt durch, mit dem Ziel, allen Menschen ein menschenwürdiges Leben im Sinn der Agenda 2030 zu ermöglichen.

Beide Verbände setzen sich öffentlich und im Dialog mit Stakeholdern für die Umsetzung der Agenda 2030 und der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung in und durch Österreich ein. *AG Globale Verantwortung* und *KOO* sind beispielsweise Gründungsmitglieder und Mitglieder der Steuerungsgruppe von *SDG Watch Austria*, einer Plattform von mehr als 220 zivilgesellschaftlichen Organisationen. Wir haben von Österreichs Regierung wiederholt eingemahnt, Stakeholder in die Umsetzung der Agenda 2030 einzubeziehen, insbesondere die Wissenschaft, weil wir evidenzbasierte Grundlagen für essentiell halten. Darüber hinaus stellt die universitätsübergreifende interdisziplinäre Kooperation – wie sie UniNEtZ fördert – einen wichtigen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung und der Verankerung der Agenda 2030 in Forschung und Lehre dar. Daher stellt der Optionenbericht des UniNEtZ grundsätzlich einen wichtigen Baustein als wissenschaftliches Dokument mit einer Lückenanalyse und daraus folgenden Handlungsoptionen für die Politik dar. Die lang angekündigte Veröffentlichung haben wir daher mit viel Spannung erwartet. Insgesamt gesehen, erfüllt der Optionenbericht unsere Erwartungen. Mit entsprechenden Analysen aus denen - wissenschaftlichen Standards folgend - evidenzbasierte Handlungsoptionen dargestellt werden, und stellt ein Referenzdokument für die Umsetzung der Agenda 2030 dar.



Allerdings können wir die Ausführungen zum SDG 17 leider nicht in gleicher Weise bewerten. Die Option zu SDG 17 – *Partnerschaften zur Erreichung der Ziele*, insbesondere Option 17.1. enthält leider nicht nur wissenschaftliche Schwächen, sondern ist extrem einseitig in der Auseinandersetzung und stellt unserer Ansicht nach eine klare Diskreditierung der bilateralen Entwicklungspolitik und des internationalen Engagements der Zivilgesellschaft dar.

In dem Kapitel heißt es: „*Rolle Österreichs in internationalen Partner_innenschaften durch Fokus auf Multilateralismus stärken: Steigerung der Mittel für internationale Organisationen und Programme*“. Im *Abstract* und in *Option* steht folgende Option: „*Fokussierung der österreichischen Beiträge auf multilaterale Entwicklungsfinanzierung*, insbesondere Umschichtung von Mitteln der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit zugunsten von multilateralen Organisationen (UNHCR, WHO, WFP) und Programmen (UNEP).“

Die gewählte Formulierung enthält **politische Sprengkraft**, insbesondere da sie weder wissenschaftlich noch fachlich, sondern politisch begründet wird. Dies ist für uns an dieser Stelle verstörend, da die Aussage dahinter gerade für zivilgesellschaftliche Organisationen **schädlich** ist

Diese reduzierte thematische und zugleich einseitige Darstellung und die Widersprüche zu den anderen Optionen im Kapitel sind irritierend und fragwürdig. Daher folgende Fragen bzw. Anmerkungen:

- Von welchen Analysen zur Finanzierung entwicklungspolitischer Maßnahmen sind die Texte in 17.01. und ihre Handlungsoptionen abgeleitet? Uns sind keine entsprechenden Studien bekannt. Der *OECD DAC Peer Review Österreichs Entwicklungszusammenarbeit (2020)*, insbesondere Empfehlung 3 und 4, empfehlen gegenteiliges. Wir konnten keine stringente Argumentation in den Dokumenten erkennen. Zahlen, Daten und Fakten (z.B. Wirkungsstudien), die eine Umschichtung entwicklungspolitischer Mittel in Richtung multilateralen Organisationen bestätigen oder darlegen würden, fehlen.
- Es fehlen fachliche Erklärungen, warum sich das UniNETZ für eine Verringerung der bilateralen Entwicklungsfinanzierung zugunsten der multilateralen ausspricht.
- Der Text liest sich daher wie eine persönliche Meinung bzw. als politisches Statement, das die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit missbilligt und als vernachlässigbar abstempelt.
- Zwischen den Optionen 17.1 und anderen Optionen des Berichts gibt es keine Kohärenz oder Verbindungen. So wird beispielsweise bei SDG 2 von einer Weiterentwicklung und Förderung der humanitären Hilfe gesprochen oder bei SDG 4 von einem Ausbau der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit. Beide Bereiche werden jedoch gerade durch bilaterale und nicht durch multilaterale Entwicklungszusammenarbeit finanziert.
- Außerdem vermissen wir zusätzliche Optionen, die das Ziel 17 *Partnerschaften aufbauen* in Österreich möglich machen können und sehen die Reduktion der Option 17.1 auf die Finanzierung kritisch.
- Die diskreditierende Darstellung bilateraler Entwicklungszusammenarbeit greift die Arbeit bilateraler Akteur*innen, wie das Außenministerium, die *Austrian Development Agency (ADA)*, die österreichische Entwicklungsbank (OeEB) und die **Zivilgesellschaft in Österreich sowie in den Partnerländern** an.



- Weltweit werden Handlungsräume der Zivilgesellschaft beschnitten (Stichwort: *shrinking space*), auch in Österreich kam und kommen zivilgesellschaftliche Organisationen immer wieder unter Druck. Weltweit wird - u.a. von internationalen und auch wissenschaftlichen Institutionen-, die Stärkung der Zivilgesellschaft eingefordert. Daher ist es mehr als verwunderlich bzw. politisch schädlich, dass das UniNEtZ in seinem Bericht empfiehlt, zivilgesellschaftlichen Organisationen in Österreich die Finanzierung zu entziehen und sie mit diesen Aussagen politisch anzugreifen.
- Die Umschichtung von Mitteln der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit zugunsten multilateraler Organisationen bzw. Entwicklungsfinanzierung kann nicht im Interesse österreichischer Außenpolitik sein, denn bilaterale Projekte machen das österreichische Engagement sichtbar und sind damit eine Visitenkarte Österreichs in der Welt. Wichtig dabei ist, dass Lösungen gemeinsam mit Betroffenen erarbeitet werden. Bei bilateralen, direkten Projekten geht es beispielsweise darum, dass Kinder nicht hungrig schlafen gehen, Communities unterstützt werden, sich mit landwirtschaftlichen Produkten nach Prinzipien der Agroökologie versorgen zu können, Mädchen einen Beruf erlernen können und somit Chancen im Leben haben oder dass Menschen ihre produzierten Waren auf lokalen Märkten verkaufen können.

Angesichts der besonders geringen österreichischen Finanzmittel für entwicklungspolitische Maßnahmen, sind Zusammenwirken und Komplementarität beider Elemente – multilateraler und bilateraler Mittel - extrem wichtig, beide haben ihre Wirkung. Ein *gegeneinander Ausspielen*, wie im Text ersichtlich, ist daher abzulehnen.

Um den politischen Schaden für Österreichs Entwicklungspolitik, den Sektor und den Affront gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationen zu begrenzen, schlagen wir eine Revision des Punktes vor. Dies wäre essentiell, um den Optionenbericht unterstützen und die weitere Zusammenarbeit im Projekt UniNEtZ 2 fortführen zu können. Aus heutiger Sicht ist uns das nicht möglich.

Wir hoffen auf eine rasche Lösung und stehen für eine baldige konstruktive Diskussion zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

Mag.^a Annelies Vilim
Geschäftsführerin

AG Globale Verantwortung
Arbeitsgemeinschaft für
Entwicklung und Humanitäre Hilfe

Dr.in Anja Appel
Geschäftsführerin

Koordinierungsstelle der Österreichischen
Bischöfskonferenz für internationale
Entwicklung und Mission (KOO)